
6503/AB XXIV. GP

Eingelangt am 07.12.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Frauen und öffentlicher Dienst

Anfragebeantwortung

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag^a Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.290/0128-I/4/2010

Wien, am . November 2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Gartelgruber, Kolleginnen und Kollegen haben am 15. Oktober 2010 unter der **Nr. 6618/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Frauenbericht 2010 gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundeskanzleramt waren an der Erstellung des Berichts beteiligt?*
- *Wie hoch schätzen Sie den Zeitaufwand insgesamt dieser Mitarbeiter?*

Während der gesamten Vertragslaufzeit stand eine Mitarbeiterin als Ansprechperson für die Auftragnehmerinnen zur Verfügung.

Zu den Fragen 3 und 4:

- *Wie viele Mitarbeiter in anderen Ministerien und Einrichtungen des Bundes sowie anderer staatlicher Stellen waren an der Erstellung des Berichts beteiligt?*
- *Wie hoch schätzen Sie den Zeitaufwand insgesamt dieser Mitarbeiter?*

Es waren keine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter anderer Ministerien oder Einrichtungen des Bundes sowie anderer staatlicher Stellen an der Erstellung des Berichts beteiligt.

Zu Frage 5:

- *Wie hoch waren die Kosten die zur Erstellung des Berichts notwendig waren?*

Die Kosten für die Erstellung des Berichts betragen € 179.270,70.

Zu den Fragen 6 und 7:

- *Welche Privaten Unternehmen und Privatpersonen wirkten gegen Entgelt an der Erstellung des Berichts mit?*
 ➤ *Welche Privaten Unternehmen und Privatpersonen erhielten wie viel Entgelt im Zusammenhang mit der Erstellung der Studie (bitte genau aufschlüsseln nach Personen/Unternehmen und Entgelt, welches diese jeweils erhielten!)?*

Folgende private Unternehmen bzw. Privatpersonen wirkten gegen Entgelt an der Erstellung des Berichts mit:

Autorinnen	Entgelt
Eva Kreisky, Uni Wien	28.500,00
Ulrike Papouschek, Forba gemeinsam mit Ingrid Mairhuber	31.254,60
Gudrun Biffel, WIFO	30.756,00
Birgitt Haller, Institut für Konfliktforschung	28.260,00

Zu Frage 8:

- *Welche konkreten Maßnahmen werden Sie auf Grundlage des Berichts setzen?*

Der Frauenbericht 2010 zeigt, dass sich die Situation von Frauen in Österreich in den letzten Jahren in vielen Bereichen verbessert hat. Frauen sind so gut ausgebildet wie nie zuvor, die Erwerbsbeteiligung ist ebenso gestiegen wie die Zahl der Kinderbetreuungsplätze. Andererseits geht die Steigerung der Erwerbsbeteiligung einher mit einer Steigerung der Teilzeitarbeit und einer Erhöhung des Einkommensunterschiedes zwischen Frauen und Männern.

Erste Schritte zu einer Verbesserung der Situation von Frauen wurden im Nationalen Aktionsplan für die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt, der im Juni 2010 präsentiert wurde, vorgelegt. Die vier Schwerpunktes des NAP liegen auf den Bereichen

(i) Diversifizieren von Ausbildungswegen und Berufswahl; geschlechtssensible Berufsorientierung; (ii) Erhöhen der Erwerbsbeteiligung und Steigern der Vollzeitbeschäftigung, Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beschäftigung; (iii) Mehr Frauen in Führungspositionen und (iv) Reduzieren der

Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern. Er enthält 55 von ExpertInnen formulierte Maßnahmen, die es in Folge nun Schritt für Schritt umzusetzen gilt.

Ein erster wichtiger Meilenstein ist die gesetzliche Verankerung der Einkommenstransparenz in den Betrieben durch die Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes, die mit 01.01.2011 in Kraft treten soll. Weitere Maßnahmen zur Einkommenstransparenz sind ebenfalls bereits in der Novelle verankert, wie die verpflichtende Angabe des angebotenen Kollektivvertragslohns in Stellenausschreibungen. Andere sind gerade in einer ersten Umsetzungsphase, wie der Lohn- und Gehaltsrechner, der ab dem kommenden Jahr die Möglichkeit bieten wird, sich im Internet über den Durchschnittslohn einer Branche unter Berücksichtigung von Arbeitserfahrung, Ausbildung etc. zu informieren.

Zur Verringerung der Einkommensschere, Verbesserung der Aufstiegschancen und besseren Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen ist auch eine noch stärkere Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung nötig. Deswegen habe ich erst vor wenigen Wochen eine Kampagne für eine verstärkte Inanspruchnahme der Väterkarenz gestartet, die auch eine Informationsoffensive für ArbeitgeberInnen umfasst.

Mit freundlichen Grüßen